

Sperrfrist: bis Di. 16.04.2013, 16 Uhr**Entscheidung über die Fortführung des Theaterbetriebes über die Spielzeit 2013/2014 hinaus****Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
16.04.2013	Kulturausschuss
22.04.2013	Hauptausschuss
30.04.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss wird in der Sitzung erarbeitet.

Begründung:

In der Sitzung der Haushaltskommission vom 12.09.2012 wurde einvernehmlich zwischen allen Fraktionen vereinbart, im 1.Halbjahr 2013 eine grundlegende Entscheidung über den Weiterbetrieb des Theaters zu treffen:

1. Aktuelle Situation des Theaters

Mit den (Finanzierungs-) Problemen des städtischen Theaters hat sich die vom Kulturausschuss im Jahre 2011 eingesetzte Arbeitsgruppe „Theater plus“ in nunmehr insgesamt vier Sitzungen beschäftigt.

Wesentliche Erkenntnisse aus dieser Arbeitsgruppe, die teilweise unter Hinzuziehung externer Fachleute tagte, sind:

- Die wesentlichen Einsparpotenziale des Theater-Etats sind nach Umsetzung der Maßnahmen aus dem Kulturkonzept 2005 ausgeschöpft
- Dies gilt insbesondere für den stark zurückgefahrenen Personalbestand des Theaters mit derzeit noch 1,5 Verwaltungskräften sowie lediglich 1,3 technischen Mitarbeitern (!), sowie einer teilzeitbeschäftigten Leitung und Aushilfskräften
- Insbesondere bei längeren Krankheitsausfällen kann das Theater nur mit ausgeklügelter Organisation und höchstem Einsatz verbliebener Kräfte betrieben werden
- Wesentliche Gründe für zum Teil erhebliche Kostensteigerungen im Theaterbereich (und damit das Verpuffen der Sparbeschlüsse aus dem Kulturkonzept 2005) sind insbesondere:

- Steigender Sanierungsaufwand infolge Alterung des Gebäudes sowie Investitionsbedarf durch steigende Sicherheitsanforderungen
 - Steigende Betriebskosten durch Personal- und Sachkostensteigerungen, Steigerung der Kosten für die Fremdproduktionen sowie die Einführung der Kosten und Leistungsrechnung im Rahmen des NKF
 - Demgegenüber rückläufige Einnahmen durch zurückgehende Abonnenten- und Zuschauerzahlen
 - Zu berücksichtigen dabei ist die fehlende Attraktivität dieser Einrichtung für jüngere Kulturinteressierte und damit eine Tendenz zur „Überalterung“ des traditionellen Theater-Publikums
- Die Unternehmensberatung ICG Culturplan (Lutz Hempel) hat zurecht darauf hingewiesen, dass dies keine typische Gummersbach -Entwicklung ist, sondern bei allen traditionellen Theatern, insbesondere im ländlichen Raum, feststellbar ist.

In der vorerst letzten Sitzung der AG „Theater plus“ am 13.03.2013 wurde verwaltungsseitig die aktuellste Entwicklung des Theaters dargelegt. Wesentliche Erkenntnisse aus den jüngsten Spielzeiten im Überblick:

- In der Spielzeit 2010/2011 war zur vorausgegangenen Spielzeit ein Besucherrückgang um 662 Personen, ein Erlösrückgang um ca. 7.900,00 € sowie eine Kostensteigerung von 5.000,00 € zu verzeichnen; das Defizit erhöhte sich um ca. 13.000,00 €.
- Mit der Einführung des erstmaligen Angebots der Kleinabos Musik und Schauspiel konnte in der Spielzeit 2011/2012 demgegenüber ein deutlicher Besucherzuwachs um fast 1.400 Besucher festgestellt werden, verbunden mit einer Erlöserhöhung um 17.600,00 € bei allerdings Kostensteigerungen von ca. 11.300,00 €. Das vorher deutlich erhöhte Defizit konnte damit wieder um ca. 6.300,00 € abgesenkt werden.
- In der laufenden Spielzeit 2012/2013 werden zwar die Besucherzahlen aus der Spielzeit 2010/2011 übertroffen werden können, jedoch die kalkulierten Soll-Werte der Spielzeit 2012/2013 (basierend auf den Ist-Werten der Spielzeit 2011/2012) nicht erreicht werden; lt. Hochrechnung steigen die Kosten stark um ca. 10.000,00€ bis 15.000,00 €, sodass mit einer deutlichen Überschreitung des geplanten Zuschussbedarfes von 590.000,00 € zu rechnen ist.
- Die voraussichtlich erforderliche Sperrung des Schulhofes für Theater- u. sonstige Nutzer könnte sich zusätzlich negativ auf Besucherzahlen auswirken
- Zurückgestellte dringliche Unterhaltungsbedarfe (teils sicherheitsrelevant) sind nachzuholen; in den nächsten drei Jahren ist mit einem Unterhaltungsaufwand von bis zu 400.000,00 €, in einem Zeitraum bis zu fünf Jahren von zusätzlichen gut 500.000,00 € (vgl. hier die in der Anlage beigefügte Maßnahmenübersicht des Fachbereichs Immobilienwirtschaft) zu rechnen (ohne Erneuerung der Bestuhlung).

Im Ergebnis ist mithin durch weiter sinkende Besucherzahlen und damit rückläufige Einnahmen bei deutlich steigenden Kosten mit einer Defiziterhöhung auf deutlich über 600.000,00 € zu rechnen. Auch zukünftig muss mit einer sich weiter öffnenden „Kostenschere“ gerechnet werden.

Wegen der weitgehend ausgeschöpften Sparpotenziale kann eine (nachhaltige) Verbesserung der finanziellen Situation des Theaters nur über die Einnahmeseite herbeigeführt werden. Als Maßnahmen denkbar sind hier nur:

- Kostenbeteiligungen Dritter, eigentlich angezeigt durch den hohen Grad von Nutzern, die nicht in Gummersbach wohnen (57 Prozent der Abonnenten kommen von außerhalb!)
 - Das Land NRW wurde angesichts der vorgesehenen Erhöhung der Theatermittel im Landeshaushalt um Unterstützung gebeten, dies wurde abgelehnt.
 - Auch der Oberbergische Kreis hat sich zu einer Unterstützung des Theaters bislang nicht entschließen können, inzwischen befindet er sich in einem Haushaltssicherungskonzept.
 - Die meisten umliegenden Kommunen, deren Einwohner das Theater nutzen, sind ebenfalls angesichts ihrer Haushaltsentwicklung zu Hilfestellungen nicht in der Lage bzw. sie sind nicht zu erwarten.
- Eine deutliche Steigerung der Erlöse kann daher nur über eine nachhaltige Steigerung der Abonnenten/Einzelbesucherzahlen erreicht werden.
- Sollte dies nicht oder nur teilweise gelingen, muss über Gebührenerhöhungen gegengesteuert werden.

2. Zu berücksichtigende Anforderungen an „Stärkungspakt-Kommunen“

Die besondere finanzielle Situation der Stadt Gummersbach als Stärkungspaktkommune gebietet es zumindest, den Zuschussbedarf für freiwillige Einrichtungen nicht noch weiter steigen zu lassen.

Dies bedeutet, auf einen weiteren Spielbetrieb des Theaters bezogen, dass der derzeit wieder steigende Zuschussbedarf des Theaters durch geeignete Maßnahmen begrenzt werden sollte. Sollte dies nicht kurzfristig durch erhebliche Steigerung der Abonnenten/Einzelbesucherzahlen zu bewerkstelligen sein, was angesichts der Erfahrungen der Vorjahre zumindest fraglich erscheint, muss ggf. durch Gebührenerhöhungen gegengesteuert werden.

Kommunalaufsichtlich problematisch könnten sich die erheblichen „außerordentlichen“ Sanierungsmaßnahmen in einer Größenordnung von letztlich bis zu 0,9 Mio € erweisen. Da diese angesichts ihrer Höhe schlecht durch Gebührenerhöhungen mit abgedeckt werden können, könnte es zu Forderungen der Kommunalaufsicht kommen, diese – ggf. auch zeitnah – durch allgemeine Steuererhöhungen abzudecken. Spürbare Erhöhungen – im Zweifel der alle Bürger treffenden Grundsteuer B – wären die Konsequenz.

Auf jeden Fall muss darauf hingewiesen werden, dass der im Sanierungsplan dargestellte Haushaltsausgleich im Jahr 2018 nicht durch unterlassene Einsparungen oder gar zusätzliche, vermeidbare Ausgaben in Frage gestellt werden darf. Sollten die bei einer Aufgabe des Theaters kurzfristig zu erzielenden erheblichen Einsparpotenziale in einer Größenordnung von deutlich über 500.000 € bis zum Jahr 2018 nicht realisiert werden, müsste ein solcher Betrag ggf. zusätzlich durch allgemeine Steuererhöhungen kompensiert werden.

3. Das Theatergebäude als möglicher Standort für die Einrichtungen des Ganztagsbetriebs der Gymnasien

Neben der eingangs zitierten Beschlusslage der Haushaltskommission zur gewünschten grundlegenden Entscheidung über den Theaterbetrieb gibt es eine aktuelle Entwicklung, die eine Entscheidung über den Fortbestand des Theaters –auch kurzfristig bis Ende April- erfordert:

Die inzwischen vorliegenden Beschlüsse der beiden städtischen Gymnasien über die Einführung des Ganztagsbetriebes ab dem Schuljahr 2014/2015, was nach einer Übergangszeit mit noch wenigen teilnehmenden Jahrgängen eine feste Einrichtung für die erforderlichen Funktionsräume erfordert.

Inzwischen ist geklärt, dass ab dem Schuljahresbeginn 2015/2016 der Ganztagsbetrieb eine zusätzliche Fläche für die Unterbringung von Mensa, Küche sowie vorzusehenden Freizeitbereichen von knapp 1.000 qm erfordert (Mensa 600 qm / Küche 120 qm / Freizeitfläche 240 qm). Ein solcher Bedarf ist in den bestehenden Schulen nicht unterzubringen, sodass es ergänzender baulicher Lösungen bedarf.

Gesprächsstand zwischen Schulverwaltung und Schulen ist derweil eine Standortpräferenz in der unmittelbaren Nähe des Grotenbach-Gymnasiums, die insofern zwingend ist, wenn die Freizeitbereiche entgegen früheren Planungen von 480 auf 240 qm reduziert werden sollen.

Ausgangspunkt für Standortüberlegungen zur Unterbringung dieser Ganztagsbetriebseinrichtungen war dabei angesichts der andauernden finanziellen Probleme der Theaterkomplex. Hier wurde zunächst der Frage nachgegangen, ob das mit hohen Kosten belastete Theatergebäude ggf. unter weiterer Bespielungsmöglichkeit multifunktional auch für den Ganztagsbetrieb der Schulen nutzbar sein könnte, was zu einer entsprechenden Entlastung des Theaterbudgets hätte führen können.

Das Ergebnis – vorgestellt im Ältestenrat am 21.02.2013 – wies zwar die Machbarkeit nach, war aber weder kostenmäßig noch inhaltlich / funktional überzeugend. Die prognostizierten Kosten von mindestens 6,4 Mio. Euro, in etwa doppelt so hoch eingeschätzte energetische Kosten wie bei einem (flächenmäßig kleineren) Neubau sowie wenig attraktive, schlecht belichtete Räume für den schulischen Bereich und einer Theatersaal-Lösung mit zwar noch 800 Plätzen, aber ohne Möglichkeiten des weiteren Betriebs eines eigentlichen Theaters führten zur Verwerfung einer solchen Lösung.

Für eine weitere Sitzung des Ältestenrates am 05.04.2013 wurden zwei weitere Varianten erarbeitet:

Neubaulösung am bisherigen Standort des Theaters in direkter Anbindung zum Schulkomplex Grotenbach-Gymnasium

- für Schulzwecke ideale, räumlich flexible und ebenerdige Lösung
- auch architektonisch überzeugende Lösung mit Kosten von ca. 4,3 Mio. Euro (incl. Abriss Theater/ Sporthallenkomplex)
- begrenztes Kostenrisiko mit niedrigen Folgekosten (Energienstandard ENEC 2010)

- Die Lösung setzt zwingend eine schnelle Entscheidung über den Bau voraus und ist in der Zeitplanung äußerst ambitioniert
- Ein Abriss des Theaters hätte eine außerordentliche Abschreibung im Abrissjahr von derzeit ca. 4 Mio € zur Folge, dafür entfielen weitere quotale Abschreibungen in den Folgejahren.

Machbarkeitsstudie zur Unterbringung der GTB- Einrichtungen im Sporthallenkomplex Grotenbach-Gymnasium

- Machbarkeit nach erforderlicher Fläche wird nachgewiesen
- Grobkostenschätzung über Aufwand von mindestens 2,9 Mio. Euro mit erheblichem Kostenrisiko wegen fehlender genauere Untersuchungen (insbesondere Statik)
- funktional bei dreigeschossiger Bauweise (Mensa über zwei Etagen) weniger überzeugend
- moderne Energiestandards können nur teilweise erreicht werden (Nutzung alte Bausubstanz)
- insgesamt höhere Folgekosten im Betrieb zu erwarten
- bei späterer Aufgabe des Theaters würde ein Abriss des Gebäudes mit Rücksicht auf dann existierende Nachbar-Bebauung deutlich teurer
- vorteilhaft wäre ein deutlich entspannterer Zeitplan (zwei Jahre bis zur Fertigstellung)
- Der Nachteil wenig flexibler Lösungen der Machbarkeitsstudie ließe sich ggf. durch Modulbauweise vermeiden

Hinweis: Die untersuchten Varianten werden in der Sitzung anhand von Plänen kurz erläutert!

Auch wenn die Beratung zum zukünftigen Standort der Einrichtung eines Ganztagsbetriebs in erster Linie vom Schulausschuss zu leisten ist, sollten die bisherigen Planungen/ Machbarkeitsstudien wegen der Voreiligkeit der Frage des weiteren Betriebs des Theaters für die Standortentscheidung der GTB-Einrichtung in ihren funktionalen und finanziellen Konsequenzen mit bedacht werden.

Anlage/n:

Instandhaltungsmassnahmen